



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

38. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 20. Februar 1985

Nummer 9

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
203308	30. 12. 1984	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Sechzehnter Änderungstarifvertrag vom 7. Dezember 1984 zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe	121
230	22. 1. 1985	Bek. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Münster, Teilabschnitt Bergehalden im Nördlichen Ruhrgebiet	136
230	22. 1. 1985	Bek. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf, Teilabschnitt Bereiche für Aufschüttungen des Steinkohlenbergbaus – Bergwirtschaft	136
230	22. 1. 1985	Bek. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Dortmund/Unna/Hamm; Ziele 33 und 97–105, die mit Erlaß vom 14. Februar 1984 – II B 2 – 60.15 – von der Genehmigung ausgenommen wurden	137
233	21. 1. 1985	Gem. RdErl. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung u. d. Finanzministers Verdingungsordnung für Bauleistungen – Ausgabe 1979 – Ergänzungsband 1984 –	121
640	15. 1. 1985	RdErl. d. Finanzministers Vermögensnachweise über bewegliche Sachen: – Vermögensübersicht und Bewertung – Richtlinien über die Führung von Sachrechnungen und Bestandsverzeichnissen über landeseigene bewegliche Sachen	121
8111	14. 1. 1985	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Durchführung des Schwerbehindertengesetzes; Richtlinien zur Durchführung der §§ 6 und 8 der Ausgleichsabgabeverordnung Schwerbehindertengesetz	121
9211	14. 1. 1985	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Zuteilung von amtlichen Kennzeichen nach § 23 StVZO	123

Fortsetzung nächste Seite

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Landesregierung	
17. 1. 1985	Bek. – Behördliches Vorschlagswesen	123
	Finanzminister	
	Innenminister	
30. 12. 1984	Gem. RdErl. – Tarifverträge für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes	126
	Innenminister	
15. 1. 1985	Bek. – Anerkennung von Tragkraftspritzen, Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen	126
15. 1. 1985	Bek. – Anerkennung von Atemschutzgeräten für Feuerwehren	129
17. 1. 1985	Bek. – Anerkennung von Atemschutzgeräten	129
18. 1. 1985	RdErl. – Fortbildung der Sachbearbeiter der Aufsichtsbehörden über die Standesämter	129
22. 1. 1985	RdErl. – Gemeindefinanzreform; Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer im Haushaltsjahr 1984	130
22. 1. 1985	Bek. – Bezeichnung von Unternehmen	130
28. 1. 1985	RdErl. – Personenstandswesen; Fortbildungsveranstaltungen in den Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold, Münster	137
	Justizminister	
18. 1. 1985	Bek. – Ungültigkeitserklärung eines Dienststempels des Amtsgerichts Köln	130
	Kultusminister	
16. 1. 1985	RdErl. – Ordnung der Ferien für das Schuljahr 1986/87	130
	Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	
14. 1. 1985	RdErl. – Zulassung von Milcherhitzern	131
	Landschaftsverband Westfalen-Lippe	
4. 1. 1985	Bek. – Neufestsetzung einer Ortsdurchfahrt	131
	Hinweise	
	Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 12 v. 15. 12. 1984	132
	Nr. 1 v. 15. 1. 1985	133
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 1 v. 1. 1. 1985	134
	Nr. 2 v. 15. 1. 1985	135
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 3 v. 21. 1. 1985	135

I.

203308

**Sechzehnter Änderungstarifvertrag
vom 7. Dezember 1984
zum Tarifvertrag über die Versorgung
der Arbeitnehmer des Bundes und der
Länder sowie von Arbeitnehmern
kommunaler Verwaltungen und Betriebe**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 6115 - 2.16 - IV 1 -
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.81.02 - 1/84 -
v. 30. 12. 1984

Den nachstehenden Tarifvertrag, durch den der Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Versorgungs-TV) vom 4. November 1966, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 17. 1. 1967 (SMBI. NW. 203308), geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**16. Änderungstarifvertrag
vom 7. Dezember 1984**

**zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer
des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern
kommunaler Verwaltungen und Betriebe**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der*)

andererseits

wird folgendes vereinbart:

*) Gleichlautende Tarifverträge sind abgeschlossen worden mit
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr - Hauptvorstand -
und
der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst
- Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)
- Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD)
- Marburger Bund (MG)
Der Abschluß von inhaltsgleichen Tarifverträgen und von Anschlußtarifverträgen zu diesem Tarifvertrag mit anderen Gewerkschaften wird jeweils in Teil II des MBI. NW. bekanntgegeben.

§ 1

Änderung des Versorgungs-TV

Der Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Versorgungs-TV) vom 4. November 1966, zuletzt geändert durch den 15. Änderungstarifvertrag vom 21. Februar 1984, wird wie folgt geändert:

1. § 8 Abs. 5 Satz 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Buchstabe b werden die Worte „(mit Ausnahme des nicht ruhegehaltfähigen Teils des Ortszuschlags sowie des Sozialzuschlags)“ gestrichen.
- b) In Buchstabe u werden nach dem Wort „Aufwandsentschädigungen“ die Worte „reisekostenähnliche Entschädigungen (z. B. Ausbleibezulage, Auswärtszulage)“ eingefügt.

2. In § 11 Satz 1 werden nach den Worten „die Umlage“ die Worte „(§ 8 Abs. 1 und Abs. 4)“ eingefügt.

§ 2

Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

- MBI. NW. 1985 S. 121.

233

**Verdingungsordnung
für Bauleistungen - Ausgabe 1979 -
- Ergänzungsband 1984 -**

Gem. RdErl. d. Ministers
für Landes- und Stadtentwicklung - I C 3 - 0 1082 - 1 u. d.
Finanzministers - 0 1082 - 1 - II D 4
v. 21. 1. 1985

Der RdErl. d. Finanzministers v. 24. 3. 1980 (SMBI. NW. 233) wird wie folgt geändert:

Nach Absatz 2 „Die VOB-Ausgabe 1979 - wird für Baumaßnahmen des Bundes und des Landes eingeführt“ wird folgender neuer Absatz eingefügt:

Die nachstehend aufgeführten Allgemeinen Technischen Vorschriften (ATV) gelten in der Fassung des Ergänzungsbandes 1984 für Verträge, deren Eröffnungs-/Einreichungstermin nach dem 25. 12. 1984 liegt:

- DIN 18 312 Untertagebauarbeiten
- DIN 18 313 Schlitzwandarbeiten mit stützenden Flüssigkeiten
- DIN 18 314 Spritzbetonarbeiten
- DIN 18 320 Landschaftsbauarbeiten
- DIN 18 338 Dachdeckungs- und Dachdichtungsarbeiten
- DIN 18 339 Klempnerarbeiten

- MBI. NW. 1985 S. 121.

640

Vermögensnachweise über bewegliche Sachen:

- Vermögensübersicht und Bewertung -
- Richtlinien über die Führung von Sachrechnungen und Bestandsverzeichnissen über landeseigene bewegliche Sachen

RdErl. d. Finanzministers v. 15. 1. 1985
- VV 4000 - 1 - III A 2

1. Mein RdErl. v. 2. 6. 1955 (SMBI. NW. 640) wird rückwirkend zum 31. Dezember 1984 ersatzlos aufgehoben.
2. Nr. 1.63 meines RdErl. v. 1. 6. 1965 (SMBI. NW. 640) wird gestrichen.

Der Landesrechnungshof hat hiergegen keine Bedenken erhoben.

- MBI. NW. 1985 S. 121.

8111

**Durchführung
des Schwerbehindertengesetzes**

**Richtlinien zur Durchführung der §§ 6 und 8 der
Ausgleichsabgabeverordnung Schwerbehindertengesetz**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 14. 1. 1985 - II B 4 - 4411

Aufgrund von Empfehlungen der Arbeitsgruppe Kriegsofferfürsorge und Schwerbehindertenrecht der Länder und der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Hauptfürsorgestellen wird die Anlage 1 meines RdErl. v. 9. 8. 1979 (SMBI. NW. 8111) wie folgt geändert:

1. In Nr. 4.1 Satz 3 wird der Betrag „15000“ durch „18000“ ersetzt.
2. In Nr. 4.33 Satz 2 wird der Betrag „850“ durch „960“ ersetzt.
3. In Nr. 4.41 Satz 1 wird der Betrag „12000“ durch „15000“ ersetzt.

4. Nr. 5 erhält bei unveränderter Überschrift folgende Fassung:

Die Leistungen können ohne Heranziehung des Einkommens und Vermögens bis zur Höhe der entstehenden angemessenen Kosten gewährt werden. Erwirbt der Schwerbehinderte ein Kraftfahrzeug, dessen Anschaffungspreis ohne behinderungsbedingten Grund über dem in Nr. 4.1 genannten Höchstbetrag liegt, so bleibt ein hierdurch bedingter Mehraufwand für die erforderliche Zusatzausstattung unberücksichtigt.

5. Nr. 6.2 erhält folgende Fassung:

Zu Aufwendungen für medizinisch-psychologische Eignungsuntersuchungen und für Fahrstunden, die nur wegen der Behinderung zusätzlich erforderlich waren, können ohne Heranziehung des Einkommens und Vermögens Zuschüsse bis zur vollen Höhe der Kosten gewährt werden.

6. In Nr. 6.3 werden nach dem Wort „Fahrerlaubnis“ die Wörter „nach Maßgabe von Nr. 6.1“ eingefügt.

7. In Anlage 1 ist der Bemessungsbetrag „12 000“ durch „15 000“ zu ersetzen.

8. Die Leistungstabelle erhält die nachstehende Fassung. **Anlage 2**

Anlage 2

Leistungstabelle (Nr. 4.4)						Leistungen	
Einzusetzendes Einkommen des Schwerbehinderten							
Allein- stehende	1 überwiegend unterhaltene Person	2 überwiegend unterhaltene Personen	3 überwiegend unterhaltene Personen	4 überwiegend unterhaltene Personen	5 überwiegend unterhaltene Personen	Zuschuß	Dar- lehen
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
-1 100	-1 400	-1 800	-2 050	-2 400	-2 650	15 000	—
1 101-1 150	1 401-1 450	1 801-1 850	2 051-2 100	2 401-2 450	2 651-2 700	13 500	1 500
1 151-1 200	1 451-1 500	1 851-1 900	2 101-2 150	2 451-2 500	2 701-2 750	12 000	3 000
1 201-1 250	1 501-1 550	1 901-1 950	2 151-2 200	2 501-2 550	2 751-2 800	10 500	4 500
1 251-1 300	1 551-1 600	1 951-2 000	2 201-2 250	2 551-2 600	2 801-2 850	9 000	6 000
1 301-1 350	1 601-1 650	2 001-2 050	2 251-2 300	2 601-2 650	2 851-2 900	7 500	6 000
1 351-1 400	1 651-1 700	2 051-2 100	2 301-2 350	2 651-2 700	2 901-2 950	6 500	5 500
1 401-1 450	1 701-1 750	2 101-2 150	2 351-2 400	2 701-2 750	2 951-3 000	5 500	5 000
1 451-1 500	1 751-1 800	2 151-2 200	2 401-2 450	2 751-2 800	3 001-3 050	4 500	4 500
1 501-1 550	1 801-1 850	2 201-2 250	2 451-2 500	2 801-2 850	3 051-3 100	3 500	4 000
1 551-1 600	1 851-1 900	2 251-2 300	2 501-2 550	2 851-2 900	3 101-3 150	2 500	3 500
1 601-1 650	1 901-1 950	2 301-2 350	2 551-2 600	2 901-2 950	3 151-3 200	2 000	3 000
1 651-1 700	1 951-2 000	2 351-2 400	2 601-2 650	2 951-3 000	3 201-3 250	1 500	2 500
1 701-1 750	2 001-2 050	2 401-2 450	2 651-2 700	3 001-3 050	3 251-3 300	1 000	2 500
1 751-1 800	2 051-2 100	2 451-2 500	2 701-2 750	3 051-3 100	3 301-3 350	500	2 500
1 801-1 850	2 101-2 150	2 501-2 550	2 751-2 800	3 101-3 150	3 351-3 400	—	2 500
1 851-1 900	2 151-2 200	2 551-2 600	2 801-2 850	3 151-3 200	3 401-3 450	—	2 000
1 901-1 950	2 201-2 250	2 601-2 650	2 851-2 900	3 201-3 250	3 451-3 500	—	1 500
1 951-2 000	2 251-2 300	2 651-2 700	2 901-2 950	3 251-3 300	3 501-3 550	—	1 000
2 001-						—	

9211

Zuteilung von amtlichen Kennzeichen nach § 23 StVZO

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und
Verkehr
v. 14. 1. 1985 - IV/A 2 - 21-13/1 (3/85)

- 1 Das Unterscheidungskennzeichen für den Verwaltungsbezirk und/oder auch nur der Buchstabenteil der Erkennungsnummer nach § 23 Abs. 2 StVZO können zu Buchstabenkombinationen führen, die an nationalsozialistische Einrichtungen erinnern. Amtliche Kennzeichen mit den Buchstabenkombinationen KZ, SS, SA oder HJ sind deshalb ab sofort nicht mehr zuzuteilen.
- 2 Wenn ein Fahrzeughalter gegen die Buchstabenkombination in einem ihm bereits früher zugeteilten amtlichen Kennzeichen Bedenken geltend macht, ist ihm ein anderes Kennzeichen zuzuteilen.
- 3 Mein RdErl. v. 14. 6. 1978 (SMBL. NW. 9211) wird aufgehoben.

- MBl. NW. 1985 S. 123.

II.

Landesregierung

Behördliches Vorschlagswesen Bek. d. Landesregierung v. 17. 1. 1985

Der Interministerielle Ausschuß für das Behördliche Vorschlagswesen hat in der Zeit vom 1. 1. 1984-31. 12. 1984 die nachstehend aufgeführten Verbesserungsvorschläge als für die Landesverwaltung nützlich anerkannt und belohnt:

Name des Einsenders	Vorschlag Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM
Johann PIECHULLEK	9775	Entwicklung eines Verfahrens für die eichtechnische Ausmessung von Lagerbehältern in Form stehender Zylinder	2 000,-
Rolf POHLMANN	9940	Einsparungen durch den Einsatz des kostengünstigen Tischcomputers SHARP/PC-1245 nebst Drucker CE 125 in der Verwaltung für Agrarordnung	1 500,-
Werner LINDERT	9930	Entwicklung eines Fotokastens für die Gegenverkehrsfotografie beim Abstandmeßverfahren	700,-
---	10017	Vorschläge für die Werbeaktion des Behördlichen Vorschlagwesens	500,-
Horst MÜLLER	9903	Entwicklung eines Gefäßes für den Transport von verschmutzten Lösungsmitteln	400,-
Frank THEUWS	10083	Kosteneinsparung im Bereich des Geologischen Landesamtes für Quarzreduktionsrohre im CHN-Rapid	400,-
Anton WIEMERS	9997	Unfallverhütung im Bereich der Polizei: Beschaffung von Schnürschuhen mit trittsicheren Profilsohlen	300,-
Renate ACKERMANN	10023	Vereinfachung in der Finanzverwaltung: Einführung eines Vordrucks für die Anforderung von Belegen von ausländischen Arbeitnehmern	300,-
Klaus OLK Joachim SCHMIDT	9928	Verbesserung im Bereich des Staatl. Materialprüfungsamtes NRW: Entwicklung einer Meßeinrichtung zum genauen Ausmessen von Fräsern	250,-
Albert SCHRÖDER Günter WALDHOFF	10024	Entwicklung eines Verfahrens zur Reinigung des Kältemittels R 113 (Betrieb von Kältemaschinen)	250,-
Wilhelm BRINKMANN	10065	Einsparung von Portokosten bei der Kfz.-Halterfeststellung bei den Straßenverkehrsbehörden	250,-
Carl-Friedr. BINDER	7553	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Änderung des Verfahrens bei der Erhebung der Erbschaftsteuer	200,-

Name des Einsenders	Vorschlag Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM
Herbert HOFFMANN	9424	Entwicklung einer Anlage zur Reinigung von Großkältemaschinen	200,-
Ludwig SIEBERT	9949	Neugestaltung der Prüfungsvordrucke für die Prüfungen beim Landesprüfungsamt für Verwaltungslaufbahnen	200,-
Helmut GOTTSCHLICK	8858	Einsparungen im Bereich der Justizverwaltung: Zentrale Beschaffung der zur Durchführung von Übungsschießen der Bediensteten der Justizvollzugsanstalten benötigten Materialien	150,-
Erwin HANNEMANN	9813	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des Vordrucks Nr. 769/2 – Pfändung und Einziehung einer Geldforderung –	150,-
Reinhard UTHOFF	9872	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des Vordrucks Fest 20 – Anlage zum Bescheid Nr. 138/45 –	150,-
Heinr. SPIELMANN	9908	Einführung eines Pullovers mit V-Ausschnitt im Rahmen der Bereitstellung der Dienstkleidung für die Schutzpolizei	150,-
Dr. Kl.-R. HASENKAMP	10099	Kostensparende Übermittlung der Wahlergebnisse bei Hauptpersonalratswahlen	150,-
Manfred DINTER	9724	Vereinfachung im Bereich der Polizei: Ergänzung des Vordrucks „Unfallmitteilung“	100,-
Doris LEIGRAF	9857	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Änderung des Vordrucks Nr. 225/12 – Buchungsauftrag für die Finanzkasse –	100,-
Willi ZÖLLER	9865	Verbesserung im Bereich der Polizei: Ergänzung des Vordrucks „Bescheinigung über Verdienstausschlag“	100,-
Michael CLASSEN	9866	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des Vordrucks „Aufforderung zur Zahlung“	100,-
--	9869	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Beschaffung von zusätzlichen Aktenrollwagen mit einer Arbeitshöhe von 105 cm	100,-
--	9876	Überprüfung der Dienstgebäude auf die überflüssige Installation von Elektro-Warmluft-Händetrocknungsgeräten	100,-
Peter Georg MÜLLER	9899	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Einführung eines Vordrucks „Arbeitsbogen zur Vorbereitung einer Betriebsprüfung – Körperschaftsteuer –“	100,-
Berthold SCHULTE	9900	Vereinfachung der Kassen- und Verwaltungsvorgänge bei der Übernahme der Kosten für Zahnersatz von Gefangenen	100,-
Günter HAESE	9901	Sparschaltung im Bereich der Sicherheitszentrale des Gemeinsamen Gebietsrechenzentrums Hagen	100,-
Manfred QUENTER	9952	Verbesserung im Bereich der Polizei: Umgestaltung des Verwarnungsblocks	100,-
--	9986	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des Vordrucks „BuchO“ (110/1)	100,-
Wilfried KRÄMER	10000	Verbesserung im Bereich der Polizei: Einführung eines Vordrucks für die Abrechnung von Abschlepp-/Bergungskosten	100,-
Udo BRINKMANN	10037	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des Vordrucks „Auskunft in Steuersachen“	100,-
Herbert CORSTEN	10052	Vereinfachung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung der Vordrucke EW 103/75, EW 103 a/75, EW 105/75	100,-

Name des Einsenders	Vorschlag Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM
Peter DEDERICH	10108	Verbesserung des Kurierdienstes im Bereich des Amtsgerichts Grevenbroich	100,-
Wilfried MUHL	10125	Sammeln von Altbatterien im Bereich der Polizei	100,-
Reiner STOLZ	9014	Verbesserung im Bereich der Polizei: Änderung des Vordrucks „Streifenbefehl“	75,-
Manfred BERLIN	9886	Vereinfachung im Bereich der Finanzverwaltung: Änderung des Vordrucks HKR 112 - Antrag auf TE-Festsetzung mit Kassenanordnung	75,-
Heinz PICK	9796	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Druckschablone für die Schalterquittungsmaschine Kienzle 9020	75,-
Klemens SPITTEL	9799	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Druckschablone für die Schalterquittungsmaschine Kienzle 9020	75,-
Klaus-Dieter SCHRÖDER	9845	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Änderung des Vordrucks JKassO 70 - Anfrage im Kosteneinziehungsverfahren -	75,-
Eduard KOCH	9912	Änderung der für das Anerkennungs- und Bescheinigungsverfahren im steuerbegünstigten Wohnungsbau verwendeten Vordrucke	75,-
Manfred HALLMANN	9926	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des Vordrucks „Beitr. Nr. 34 FinMin NW“	75,-
Klaus WINTZ	9934	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Änderung des Vordrucks OWi 10 - Verwerfung eines Einspruchs wegen Ausbleibens des Betroffenen im Bußgeldverfahren (§ 74 OWiG) -	75,-
Klaus WINTZ	9935	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Änderung des Vordrucks StP 70 - Verwerfung eines Einspruchs wegen Ausbleibens des Angeklagten (§ 412 StPO) - Amtsgericht -	75,-
Heinrich DAUBEN	9936	Verbesserung von Vordrucken für Gerichtsvollzieher	75,-
Erwin HANNEMANN	9950	Vereinfachung in der Finanzverwaltung: Wegfall des Finanzamtssiegels auf der Durchschrift des Rückforderungsbescheides über Wohnungsbau-Prämie für das Kreditinstitut	75,-
Kurt MERTENS	9958	Ergänzung der Inhaltsangabe im Regierungsamtsblatt um die Geltungsbereiche kennzeichnende Hinweise	75,-
--	9966	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Erweiterung des Vordrucks ZP 112 für Rechtskraftanfragen der Amtsgerichte an die Landgerichte	75,-
Eduard KOCH	9971	Benutzung von Briefumschlägen mit Aufdruck „Wenn unzustellbar, zurück“ bei der Versendung von Erinnerungsschreiben für Wohngeldanträge	75,-
Wolfgang BARTEL	9972	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Änderung des Vordrucks LEV 100 Nr. 142/10	75,-
Erwin HANNEMANN	9983	Einführung eines landeseinheitlichen Vordrucks für Rückfragen der Wohnungsbau-Prämienstelle bei Bausparkassen	75,-
Heribert KLEIN	10045	Mehrfachnutzung des Druckträgers „Offsettafel S“	75,-
--	10082	Einsparung von Portokosten durch konsequente Ausnutzung bestehender Kurierdienste	75,-
--	10298	Kosteneinsparung bei der Verwendung eines Medikaments in den Justizvollzugsanstalten	75,-

Finanzminister Innenminister

Tarifverträge für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4100 - 1.2 - IV 1 -
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.20.01 - 1/84 -
v. 30. 12. 1984

I.

Der Bund, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) haben die nachstehend genannten Tarifverträge geschlossen:

1. Zum Fünfzehnten Änderungsarbeitsvertrag vom 21. Februar 1984 zum Versorgungs-TV, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 20. 6. 1984 (MBI. NW. S. 901/SMBI. NW. 203308)

mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (GÖD) am 22. Februar 1984;

2. zum Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT (Angestellte in der Datenverarbeitung) vom 4. November 1983, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 21. 2. 1984 (MBI. NW. S. 240/SMBI. NW. 20310)

mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (GÖD) am 5. November 1983;

3. zum Tarifvertrag zur Änderung der Anlage 1a zum BAT vom 19. Dezember 1983, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 2. 3. 1984 (MBI. NW. S. 264/SMBI. NW. 20310)

mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (GÖD) am 20. Dezember 1983;

4. zum Änderungsarbeitsvertrag Nr. 2 vom 4. November 1983 zum Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 29. 12. 1983 (MBI. NW. S. 74/SMBI. NW. 203302),

mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (GÖD) am 5. November 1983.

II.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat die nachstehend genannten Tarifverträge geschlossen:

1. Zum Änderungsarbeitsvertrag Nr. 40 zum MTL II vom 31. August 1984, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 23. 11. 1984 (MBI. NW. S. 1756/SMBI. NW. 20310),

a) mit der GGVöD am 1. September 1984,

b) mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (GÖD) am 1. September 1984;

2. zum 22. Änderungsarbeitsvertrag vom 31. August 1984 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 23. 11. 1984 (MBI. NW. S. 1758/SMBI. NW. 203310),

a) mit der GGVöD am 1. September 1984,

b) mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (GÖD) am 1. September 1984.

III.

Der Bund, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) haben die nachstehend genannten Anschlußtarifverträge geschlossen:

1. Zum Fünfzehnten Änderungsarbeitsvertrag zum Versorgungs-TV vom 21. Februar 1984, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 20. 6. 1984 (MBI. NW. S. 901/SMBI. NW. 203308),

a) mit der Gewerkschaft der Polizei am 8. November 1984,

b) mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 8. November 1984;

2. zum Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a (Angestellte in der Datenverarbeitung) vom 4. November 1983, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 21. 2. 1984 (MBI. NW. S. 240/SMBI. NW. 20310),

a) mit der Gewerkschaft der Polizei am 8. November 1984,

b) mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 8. November 1984;

3. zum Tarifvertrag zur Änderung der Anlage 1a zum BAT vom 19. Dezember 1983, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 2. 3. 1984 (MBI. NW. S. 264/SMBI. NW. 20310),

a) mit der Gewerkschaft der Polizei am 8. November 1984,

b) mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 8. November 1984.

IV.

Der Bund und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) haben die nachstehend genannten Anschlußtarifverträge geschlossen:

Zum Änderungsarbeitsvertrag Nr. 2 vom 4. November 1983 zum Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 29. 12. 1983 (MBI. NW. 1984 S. 74/SMBI. NW. 203302),

a) mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft am 9. Oktober 1984,

b) mit der Gewerkschaft der Polizei am 29. Oktober 1984,

c) mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 29. Oktober 1984.

V.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat die nachstehend genannten Anschlußtarifverträge geschlossen:

1. Zum Änderungsarbeitsvertrag Nr. 40 zum MTL II vom 31. August 1984, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 23. 11. 1984 (MBI. NW. S. 1756/SMBI. NW. 20310),

a) mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft am 1. September 1984,

b) mit der Gewerkschaft der Polizei am 1. September 1984;

2. zum 22. Änderungsarbeitsvertrag vom 31. August 1984 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 23. 11. 1984 (MBI. NW. S. 1758/SMBI. NW. 203310),
mit der Gewerkschaft der Polizei am 1. September 1984.

VI.

Die in den Abschnitten I und II genannten Tarifverträge sowie die in den Abschnitten III bis V genannten Anschlußtarifverträge haben den gleichen Inhalt wie die Tarifverträge, die mit den jeweils genannten Runderlassen bekanntgegeben worden sind. Von der erneuten Bekanntgabe des Wortlauts der Tarifverträge bzw. der Anschlußtarifverträge wird daher abgesehen.

- MBI. NW. 1985 S. 126.

Innenminister

Anerkennung von Tragkraftspritzen, Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen

Bek. d. Innenministers v. 15. 1. 1985 -
V B 4 - 4.424 - 4

Die Prüf- und Versuchsstelle Regensburg (PVR) des Bayer. Landesamts für Brand- und Katastrophenschutz

hat die nachfolgenden Feuerlösch-Kreiselpumpen (FP) und Tragkraftspritzen (TS) geprüft und als normgerecht festgestellt.

Nach dem Beschluß des Normenausschusses Feuerwehrwesen [FNFW – Arbeitsausschuß 2 (AA 2)] „Pumpen und tragbare Pumpenaggregate“ – erlöschen alle bis zu dieser Veröffentlichung erteilten Prüfnummern für Feuerlösch-Kreiselpumpen (FP) und Tragkraftspritzen

(TS) (vgl. DIN 14420, Teil 1 und „DIN-Mitteilungen“ 3/1984, S. 161).

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten – RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (SMBI. NW. 2134) – werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

Hersteller	Typ Front-/Heck- Drehrichtung	Stufenzahl Nenn-drehzahl	Entlüftungseinrichtung	Motor-Hersteller Motor-Typ	Prüfnummer
Gebrüder Bachert GmbH & Co. Bad Friedrichshall	TS 4/5 – rechts	1 3200 1/min	Handkolbenpumpe	Jlo-Motorenwerke L 372	PVR 310/15/84
dito	TS 24/3 – rechts	1 2950 1/min	Gasstrahler	Volkswagenwerk AG 122	PVR 300/5/84
dito	TS 8/8 – rechts	2 2900 1/min	Flüssigkeitsringpumpe	Volkswagenwerk AG 122	PVR 281/29/83
dito	TS 8/8 – rechts	2 2900 1/min	Gasstrahler	Volkswagenwerk AG 122	PVR 258/4/83
dito	TS 8/8 – rechts	2 2900 1/min	Flüssigkeitsringpumpe und Gasstrahler	Volkswagenwerk AG 122	PVR 255/3/83
dito	FP 8/8 Front- links	2 2200 1/min	Flüssigkeitsringpumpe	Daimler-Benz AG OM 314	PVR 308/13/84
dito	FP 8/8 Heck- links	2 2200 1/min	Flüssigkeitsringpumpe	Daimler-Benz AG OM 352 A	PVR 309/14/84
dito	FP 16/8 Front- links	2 1850 1/min	Flüssigkeitsringpumpe	Klöckner-Humboldt- Deutz AG BF 6 L 913	PVR 296/1/84
dito	FP 16/8 Front- links	2 1850 1/min	Gasstrahler	Klöckner-Humboldt- Deutz AG BF 6 L 913	PVR 297/2/84
dito	FP 16/8 Heck- rechts	2 2600 1/min	Flüssigkeitsringpumpe	Daimler-Benz AG OM 421	PVR 295/43/83
dito	FP 24/8 Heck- rechts	2 2800 1/min	Flüssigkeitsringpumpe	Daimler-Benz AG OM 421	PVR 254/2/83
IVECO-Magirus AG Ulm/Donau	TS 2/5 – rechts	1 4200 1/min	Handkolbenpumpe	Jlo-Motorenwerke L 152	PVR 263/11/83
dito	TS 4/5 – rechts	1 3000 1/min	Handkolbenpumpe	Jlo-Motorenwerke L 372 RRT	PVR 275/23/83
dito	TS 8/8 – rechts	2 2850 1/min	Gasstrahler	Volkswagenwerk AG 122	PVR 262/10/83
dito	FP 8/8 Front- links	2 3150 1/min	Gasstrahler	Fiat 8340-04	PVR 276/24/83
dito	FP 8/8 Heck- rechts	2 3150 1/min	Gasstrahler	Klöckner-Humboldt- Deutz AG BF 6 L 913	PVR 278/26/83
dito	FP 16/8 Front- links	2 3800 1/min	Gasstrahler	Fiat 8340-04	PVR 277/25/83
dito	FP 16/8 Heck- rechts	2 3800 1/min	Gasstrahler	Klöckner-Humboldt- Deutz AG BF 6 L 913	PVR 279/27/83
dito	FP 16/8 Heck- rechts	2 2400 1/min	Gasstrahler	Klöckner-Humboldt- Deutz AG F 8 L 413	PVR 261/9/83
dito	FP 16/8 Front- rechts	1 3500 1/min	Gasstrahler	Klöckner-Humboldt- Deutz AG F 6 L 413 F	PVR 313/18/84
dito	FP 24/8 Heck- rechts	2 2600 1/min	Gasstrahler	Klöckner-Humboldt- Deutz AG F 8 L 413	PVR 260/8/83

Hersteller	Typ Front-/Heck- Drehrichtung	Stufenzahl Nennzahl	Entlüftungseinrichtung	Motor-Hersteller Motor-Typ	Prüfnummer
dito	FP 24/8 Front- rechts	1 3750 1/min	Gasstrahler	Klöckner-Humboldt- Deutz AG F 6 L 413 F	PVR 314/19/84
Paul Ludwig GmbH & Co. Bayreuth	TS 8/8 — rechts	2 2900 1/min	Flüssigkeitsringpumpe	Volkswagenwerk AG 122	PVR 257/5/83
dito	TS 8/8 — rechts	2 2900 1/min	Gasstrahler	Volkswagenwerk AG 122	PVR 258/6/83
dito	TS 8/8 — rechts	2 2900 1/min	Flüssigkeitsringpumpe und Gasstrahler	Volkswagenwerk AG 122	PVR 259/7/83
Carl Metz GmbH Karlsruhe	TS 24/3 — rechts	1 3150 1/min	Trockenringpumpe Vacumatic	Volkswagenwerk AG 122	PVR 284/32/83*
dito	TS 24/3 — rechts	1 3150 1/min	Gasstrahler	Volkswagenwerk AG 122	PVR 285/33/83
dito	TS 8/8 — rechts	2 2900 1/min	Trockenringpumpe Vacumatic	Volkswagenwerk AG 122	PVR 264/12/83
dito	TS 8/8 — rechts	2 2800 1/min	Gasstrahler	Volkswagenwerk AG 122	PVR 294/42/83
dito	FP 8/8 Front- links	2 2750 1/min	Trockenringpumpe Vacumatic	Daimler-Benz AG OM 314	PVR 283/31/83
dito	FP 8/8 Front- links	2 2900 1/min	Trockenringpumpe Vacumatic	Daimler-Benz AG OM 352 A	PVR 298/3/84
dito	FP 8/8 Heck- links	2 2900 1/min	Trockenringpumpe Vacumatic	Daimler-Benz AG OM 352 A	PVR 299/4/84
dito	FP 16/8 Heck- rechts	2 2600 1/min	Trockenringpumpe Vacumatic	Daimler-Benz AG OM 401	PVR 266/14/83
dito	FP 24/8 Heck- rechts	2 2850 1/min	Trockenringpumpe Vacumatic	Daimler-Benz AG OM 401	PVR 265/13/83
Konrad Rosenbauer KG Linz/Donau	TS 8/8 — rechts	2 2970 1/min	Doppelkolbenpumpe Membramat	Volkswagenwerk AG 122	PVR 286/34/83
dito	FP 8/8 Front- links	2 2130 1/min	Doppelkolbenpumpe	Daimler-Benz AG OM 314	PVR 268/16/83
dito	FP 8/8 Heck- links	2 2750 1/min	Doppelkolbenpumpe	Daimler-Benz AG OM 352	PVR 269/17/83
dito	FP 16/8 Front- links	2 2280 1/min	Doppelkolbenpumpe	Daimler-Benz AG OM 314	PVR 267/15/83
dito	FP 16/8 Heck- rechts	2 2270 1/min	Doppelkolbenpumpe	Daimler-Benz AG OM 421	PVR 288/36/83
dito	FP 24/8 Heck- rechts	2 2455 1/min	Doppelkolbenpumpe	Daimler-Benz AG OM 421	PVR 287/35/83
Albert Ziegler GmbH & Co. KG Giengen/Brenz	TS 8/8 — rechts	1 4100 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Volkswagenwerk AG 122	PVR 270/18/83
dito	TS 8/8 — rechts	2 2900 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Volkswagenwerk AG 122	PVR 301/6/84
dito	FP 8/8 Front- rechts	1 3550 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 314	PVR 271/19/83
dito	FP 8/8 Front- links	1 3600 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 352 A	PVR 302/7/84
dito	FP 8/8 Heck- links	2 2900 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 352 A	PVR 289/37/83
dito	FP 16/8 Front- rechts	1 3300 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 421	PVR 291/39/83

Hersteller	Typ Front-/Heck- Drehrichtung	Stufenzahl Nennzahl	Entlüftungseinrichtung	Motor-Hersteller Motor-Typ	Prüfnummer
dito	FP 16/8 Front- links	1 3700 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 352 A	PVR 303/8/84
dito	FP 16/8 Front- rechts	1 3300 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 352 A	PVR 304/9/84
dito	FP 16/8 Heck- rechts	1 3400 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 401	PVR 272/20/83
dito	FP 16/8 Heck- links	2 3450 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 352 A	PVR 290/38/83
dito	FP 16/8 Heck- rechts	2 2650 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 422	PVR 293/41/83
dito	FP 16/8 Heck- links	2 2570 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 421	PVR 312/17/84
dito	FP 24/8 Heck- rechts	1 3570 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 401	PVR 273/21/83
dito	FP 24/8 Heck- rechts	2 2900 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 422	PVR 292/40/83
dito	FP 24/8 Heck- links	2 2860 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 421	PVR 311/16/84

– MBI. NW. 1985 S. 126.

Innenminister**Anerkennung von Atemschutzgeräten
für Feuerwehren**

Bek. d. Innenministers v. 15. 1. 1985 – V B 4 – 4.428 – 21

Laut Prüfbescheinigung Nr. 2/84 GG vom 31. 10. 1984 der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen entspricht das nachstehend näher bezeichnete Atemschutzgerät den Anforderungen der DIN 58 645 Teil 10.

Kennzeichnung:

Bezeichnung des geprüften Erzeugnisses: Behältergerät mit Druckluft (Preßluftatmer)
Verwendungszweck: Brandbekämpfung und Hilfeleistung bei den Feuerwehren
Hersteller: Firma Interspiro GmbH
7521 Forst/Baden
DIN-Bezeichnung: DIN 58 645 – A 1600 F
Firmenseitige Bezeichnung: Modell MAS
Nennluftvorrat: 1.600 l

Das Gerät kann anstelle der zugehörigen 300 bar 6 l-Druckluftflasche nach Einbau eines „T-Verbindungsstückes“ auch mit zwei 200 bar 4 l-Flaschen betrieben werden. Das Referat 8 – VFDB – Technische Hilfeleistung und Rettungswesen – hat auf seiner Sitzung am 18./19. Oktober 1979 befürwortet, daß bei Neubeschaffung von 300 bar Preßluftatmern diese bis Ende 1989 auch in Verbindung mit zwei 200 bar 4 l-Flaschen verwendet werden dürfen.

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten – RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (SMBl. NW. 2134) – werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

– MBI. NW. 1985 S. 129.

Anerkennung von Atemschutzgeräten

Bek. d. Innenministers v. 17. 1. 1985 – V B 4 – 4.428 – 23

An der mit Bek. v. 3. 8. 1983 (MBI. NW. S. 1861) anerkannten Vollmaske für Feuerwehren der Firma Riccardo Spasciani S. p. A., Modell TR 82, wird folgende neue Herstellerbezeichnung als Änderung anerkannt:

Hersteller: TESIMAX-Altlinger GmbH
Luisenstraße 42
7530 Pforzheim

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten – RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (SMBl. NW. 2134) – werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

– MBI. NW. 1985 S. 129.

**Fortbildung der Sachbearbeiter
der Aufsichtsbehörden über die Standesämter**

RdErl. d. Innenministers v. 18. 1. 1985 – I B 3/14 – 66.11

In der Zeit vom 28. bis 31. 5. 1985 führt die Fachakademie für Standesamtswesen in Bad Salzschlirf – Aus- und Fortbildungswerk des Bundesverbandes der Deutschen Standesbeamten e. V. – ein Seminar für Sachbearbeiter der Aufsichtsbehörden über die Standesämter aus dem Lande Nordrhein-Westfalen durch. Im Rahmen dieser Veranstaltung wird die Tätigkeit der Aufsichtsbehörden, insbesondere die Prüfung der Standesämter, eingehend behandelt. Da diese Tätigkeit umfangreiche Kenntnisse

des Familien- und des Personenstandsrechts erfordert, erscheint es mir notwendig, daß Sachbearbeiter der Kreise und kreisfreien Städte sowie Dezernenten und Sachbearbeiter der Regierungspräsidenten an diesem Seminar teilnehmen. In dem Seminar werden jeweils unter Berücksichtigung der jüngeren Rechtsentwicklung in jedem Jahr andere Themen behandelt. Das Vortragsprogramm geht den Teilnehmern mit der Bestätigung der Fachakademie über die Teilnahme zu.

Den Regierungspräsidenten, Oberkreisdirektoren und Oberstadtdirektoren wird daher empfohlen, die mit der Wahrnehmung der Standesamtsaufsicht betrauten Bediensteten regelmäßig zu diesem Seminar zu entsenden. Anmeldungen sind bis zum 1. 4. 1985

- a) für die Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln an den Fachverband der Standesbeamten Nordrhein e. V., z. Hd. Herrn Stadtamtmann Lothar Prang, Rubensweg 15, 4220 Dinslaken 3,
- b) für die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster an den Fachverband der Standesbeamten Westfalen-Lippe, z. Hd. Herrn Stadtoberamtsrat Heiko Martin, In den Gärten 3, 4370 Marl,

zu richten. Bei der Anmeldung wird um folgende Angaben zur Person des Teilnehmers gebeten:

Name, Vorname, Dienststellung, Anstellungsbehörde, Dienstanschrift.

– MBl. NW. 1985 S. 129.

Innenminister

Gemeindefinanzreform Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer im Haushaltsjahr 1984

RdErl. d. Innenministers v. 22. 1. 1985 –
III B 2 – 6/010 – 6802/85

Die Gesamtsumme des auf die Gemeinden des Landes entfallenden Anteils an der Einkommensteuer nach dem Ist-Aufkommen wird für das Haushaltsjahr 1984 auf

6 924 909 500,05 DM

festgesetzt. Unter Berücksichtigung des Restbetrages aus der Schlußabrechnung für das Haushaltsjahr 1983 wird voraussichtlich ein Betrag von 6 924 909 500,43 DM entsprechend den Schlüsselzahlen aufgeteilt.

– MBl. NW. 1985 S. 130.

Bezeichnung von Unternehmen nach § 657 Abs. 1 Nr. 2 RVO

Bek. d. Innenministers v. 22. 1. 1985 –
III A 4 – 38.80.20 – 1144/84

Im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe ich im Jahr 1984 die folgenden Unternehmen, an denen Gemeinden und Gemeindeverbände allein oder überwiegend beteiligt sind, als Unternehmen im Sinne des § 657 Abs. 1 Nr. 2 RVO bezeichnet:

Lfd. Nr.	Entscheidung vom	Unternehmen	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung
1	6. 2. 1984	Deichverband Düsseldorf-Hamm-Volmerswerth, Düsseldorf	Eigenunfallversicherung der Stadt Düsseldorf
2	20. 2. 1984	Werkstatt für Behinderte des Kreises Kleve „Haus Freudenberg“ GmbH, Kleve	Rheinischer Gemeindeunfallversicherungsverband

Lfd. Nr.	Entscheidung vom	Unternehmen	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung
3	27. 3. 1984	Bürgerzentrum Hürth Betriebsgesellschaft mbH, Hürth	Rheinischer Gemeindeunfallversicherungsverband
4	8. 5. 1984	Gemeinnützige Jugendfarm Essen GmbH, Essen	Eigenunfallversicherung der Stadt Essen
5	14. 6. 1984	Flugplatz Hegen-scheid GmbH Iserlohn, Iserlohn	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
6	27. 6. 1984	Abenteuerspielplatz Oberkassel e. V., Düsseldorf	Eigenunfallversicherung der Stadt Düsseldorf
7	26. 7. 1984	Jugendwerk für die Stadt Gescher e. V., Gescher	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
8	7. 8. 1984	Siegerland-Orchester e. V., Hilchenbach	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
9	17. 8. 1984	Jugendwerk Rhede e. V., Rhede	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
10	25. 9. 1984	Vermögensträgergesellschaft Paderborn mbH, Paderborn	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
11	26. 11. 1984	GfA-Gesellschaft für Abfallbeseitigung des Märkischen Kreises, Altena	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
12	14. 12. 1984	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH, Oberhausen	Rheinischer Gemeindeunfallversicherungsverband

– MBl. NW. 1985 S. 130.

Justizminister

Ungültigkeitserklärung eines Dienststempels des Amtsgerichts Köln

Bek. d. Justizministers v. 18. 1. 1985 –
5413 E – I B. 188 –

Bei dem Amtsgericht Köln ist der nachstehend näher bezeichnete Dienststempel mit dem Landeswappen von Nordrhein-Westfalen in Verlust geraten.

Der Stempel wird hiermit für ungültig erklärt.

Hinweise, die zur Auffindung des Stempels führen können, sowie Anhaltspunkte für eine unbefugte Benutzung bitte ich unmittelbar dem Präsidenten des Amtsgerichts Köln mitzuteilen.

Beschreibung des Dienststempels

Gummistempel

Durchmesser: 34 mm

Umschrift: Amtsgericht Köln

Kenn-Nummer: 619.

– MBl. NW. 1985 S. 130.

Kultusminister

Ordnung der Ferien für das Schuljahr 1986/87

RdErl. d. Kultusministers v. 16. 1. 1985 –
III C 4/1.36-70/0-1965/84

Die Ferien für das Schuljahr 1986/87 werden für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen folgendermaßen festgelegt:

Ferien	Erster Ferientag	Letzter Ferientag
Sommer	Donnerstag 24. Juli 1986	Samstag 6. September 1986
Herbst	Samstag 25. Oktober 1986	Freitag 31. Oktober 1986
Weihnachten	Montag 22. Dezember 1986	Mittwoch 7. Januar 1987
Ostern	Montag 6. April 1987	Samstag 25. April 1987
Pfingsten	Samstag 6. Juni 1987	Dienstag 9. Juni 1987

Die Sommerferien des Jahres 1987 werden vom 16. Juli 1987 (erster Ferientag) bis zum 31. August 1987 (letzter Ferientag) dauern.

Die Sommerferien der landwirtschaftlichen Fachschulen können im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde den besonderen Bedürfnissen der Landwirtschaft angepaßt werden.

– MBl. NW. 1985 S. 130.

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Zulassung von Milcherhitzern

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 14. 1. 1985 –
I C 3 – 3440 – 1101

Auf Grund des § 2 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung über Erhitzung von Milch zu Futterzwecken und Beseitigung von Zentrifugenschlamm aus Molkereien vom 9. Juli 1970 (BGBl. I S. 1058), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Dezember 1975 (BGBl. I 1976 S. 3), und § 1 Abs. 3 Nr. 2 Buchstabe b der Ersten Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 15. Mai 1931 (RGBl. I S. 150), zuletzt geändert durch die Zuständigkeitslockerungsverordnung vom 18. April 1975 (BGBl. I S. 967), werden nach Prüfung durch die Prüfstelle für Milchwirtschaftliche Maschinen und Anlagen in Weihenstephan die nachstehend genannten Anlagen zugelassen:

1. Zulassungs-Nr. NRW 3-160, Hoherhitzer „Eurocal 61“ der Lieferfirma Holstein und Kappert GmbH, Unna, mit 85% und 90% Wärmerückgewinn, für die Volumenströme 10 000 l/h bis 50 000 l/h, Prüfungskennzeichen Weihenstephan Nr. NRW 3-160, gemäß Prüfbericht vom 27. 9. 1984.

2. Zulassungs-Nr. NRW 2-294, Kurzzeiterhitzer „Eurocal 61“ der Lieferfirma Holstein und Kappert GmbH, Unna, mit 85% und 90% Wärmerückgewinn, für die Volumenströme 10 000 l/h bis 50 000 l/h, Prüfungskennzeichen Weihenstephan Nr. NRW 2-294, gemäß Prüfbericht vom 3. 10. 1984.

3. Zulassungs-Nr. NRW 4-17, FINNAH-UHT-Anlage Typ 6525 der Firma Finnah GmbH, D-4422 Ahaus, Nennvolumenströme 8 000, 11 000, 12 000, 13 000, 16 500, 19 500, 22 000, 24 000 und 26 000 l/h, Prüfungskennzeichen Weihenstephan Nr. NRW 4-17, gemäß Prüfbericht vom 29. 3. 1984.

– MBl. NW. 1985 S. 131.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Neufestsetzung einer Ortsdurchfahrt

Bek. d. Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe
– Straßenbauverwaltung –
v. 4. 1. 1985 – 4000/1125-3153/20/924/4150

In der Stadt Hattingen, Ennepe-Ruhr-Kreis, wurde die Landesstraße 924 auf einer Teilstrecke verlegt und neu gebaut.

Aufgrund der vorhandenen Bebauung und Erschließung ist hier die Neufestsetzung einer Ortsdurchfahrt erforderlich.

Gemäß § 5 Abs. 2 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen – Str WG NW – i. d. F. vom 1. August 1983 (GV. NW. 1983, S. 306) wird im Einvernehmen mit der Stadt Hattingen und dem Regierungspräsidenten Arnsberg im Zuge der L 924 die Ortsdurchfahrt wie folgt neu festgesetzt:

von Netzknoten 4609 058 nach Netzknoten 4509 008 A
Station 0,000 bis Station 0,222.

Diese Neufestsetzung der Ortsdurchfahrt gilt mit Wirkung vom 1. 1. 1985.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Straßenbauverwaltung – 4400 Münster, Landeshaus, einzulegen. Über den Widerspruch entscheidet der Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Straßenbauverwaltung – in Münster.

Münster, den 4. 1. 1985

Der Direktor des Landschaftsverbandes
Westfalen-Lippe
N e s e k e r

– MBl. NW. 1985 S. 131.

Hinweise**Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums
und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Nr. 12 v. 15. 12. 1984

(Einzelpreis dieser Nummer 7,80 DM zuzügl. Portokosten)

Teil I – Kultusminister**Amtlicher Teil**

Vorbereitungsdienst für das Lehramt für die Primarstufe, für die Sekundarstufe I, für die Sekundarstufe II und für Sonderpädagogik; Errichtung von Studienseminaren. RdErl. d. Kultusministers v. 26. 10. 1984	548	Deutsch-französischer Lehreraustausch 1985/86	557
Zuschußgewährung nach dem Ersatzschulfinanzgesetz (EFG); Einstufung der Leiter und Lehrer an privaten Berufsfachschulen für Gymnastik. RdErl. d. Kultusministers v. 12. 11. 1984	549	Tandem – Lehrerpartnerschaften über den Atlantik	557
Sonderschulwesen; Richtlinien für den Unterricht kranker Schüler in der Schule für Kranke (Sonderschule) und im Hausunterricht (Sonderunterricht). RdErl. d. Kultusministers v. 24. 10. 1984	549	Zentrale Fortbildungsveranstaltungen des Deutschen Sportlehrerverbandes e.V. – Landesverband Nordrhein-Westfalen	557
Bekämpfung der Jugendkriminalität. Gem. RdErl. d. Innenministers, d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, d. Justizministers u. d. Kultusministers v. 29. 8. 1984	550	Sportfreizeiten 1985 in der Segelflugschule Oerlinghausen	557
Verordnung über die Errichtung von Personalvertretungen für die im Landesdienst beschäftigten Lehrer vom 1. Oktober 1984	552	„Junge Leute schreiben“ – Schreibe-Wettbewerb für Kinder und Jugendliche bis 20	557
Landespersonalvertretungsgesetz; Zusammensetzung der am 5. und 6. Juni 1984 gewählten Hauptpersonalräte beim Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Bek. d. Kultusministers v. 21. 8. 1984	553	„Solidarisch mit den Armen“ – Landesausstellung zu Problemen der Dritten Welt	558
Sicherung und Nutzung von Archivgut in den staatlichen Archiven des Landes Nordrhein-Westfalen. RdErl. d. Kultusministers, zugleich im Namen d. Ministerpräsidenten u. aller Landesminister v. 9. 11. 1984	555	„Wer bezahlt die Zeche?“ – Theaterprojekt der Ruhrfestspiele über das Zusammenleben im Ruhrgebiet	558
		1. Landes-Schülertheater-Treffen vom 2. bis 5. Mai 1985 in Soest	558
		Inhaltsverzeichnis des Gemeinsamen Amtsblattes – Teil II-Minister für Wissenschaft und Forschung – vom 15. Dezember 1984	559
		Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 31. Oktober bis 23. November 1984	559
		Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 2. November bis 4. Dezember 1984	560

Nichtamtlicher Teil

Stellenausschreibungen im Geschäftsbereich des Kultusministers	556	Anzeigen	
Schulfernsehen in Nordrhein-Westfalen	557	Kostenpflichtige Stellen- und Werbeanzeigen	564

Teil II – Minister für Wissenschaft und Forschung**Amtlicher Teil**

Grundordnung der Fachhochschule Münster vom 28. September 1984	572
Erste Änderung der Einschreibungsordnung der Universität – Gesamthochschule – Duisburg vom 27. Juni 1984	582
Einschreibungsordnung für die Fernuniversität – Gesamthochschule – in Hagen vom 26. Oktober 1984	582
Promotionsordnung des Fachbereichs 1 der Bergischen Universität – Gesamthochschule – Wuppertal zum Doktor der Philosophie vom 13. November 1984	585

Nichtamtlicher Teil

Inhaltsverzeichnis des Gemeinsamen Amtsblattes – Teil I-Kultusminister – vom 15. Dezember 1984	588
Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 31. Oktober bis 23. November 1984	589
Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 2. November bis 4. Dezember 1984	590

Nr. 1 v. 15. 1. 1985

(Einzelpreis dieser Nummer 7,80 DM zuzügl. Portokosten)

Teil I – Kultusminister

Amtlicher Teil

Gesetz zur Freistellung von Arbeitnehmern zum Zwecke der beruflichen und politischen Weiterbildung – Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz (AWbG) – vom 6. November 1984	4
Verordnung zur Anpassung und Aufhebung schulrechtlicher Vorschriften vom 15. November 1984	4
Geschäftsordnung für das Schulamt. RdErl. d. Kultusministers v. 4. 12. 1984	5
Bestellung des Beauftragten für den Haushalt; Regelung gemäß Nrn. 1.2, 1.3 Satz 3 1. Halbsatz in Verbindung mit Nr. 1.4 VV zu § 9 Landeshaushaltsordnung (LHO). RdErl. d. Kultusministers v. 20. 11. 1984	6
Verordnung über die Zuständigkeiten von Regierungspräsidenten für den Bereich anderer Regierungspräsidenten in der Schulaufsicht (Zuständigkeitsverordnung Regierungspräsidenten – ZustVORP) vom 7. Dezember 1984	7
Neuordnung der Schulaufsicht im Rahmen des 3. Funktionalreformgesetzes; Aufgabenverteilung für die gymnasiale Schulaufsicht. RdErl. d. Kultusministers v. 18. 12. 1984	8
Verordnung über die Zuweisung weiterer allgemeiner Angelegenheiten auf die Schulämter (Zuständigkeitsverordnung Schulamt – ZustVOSchA) vom 7. Dezember 1984	9
Verordnung zur Durchführung des § 35 Abs. 1 Buchstabe a und des § 125 der Disziplinarordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (DO NW) vom 15. November 1984	9
Verordnung zur Bestimmung der Einleitungsbehörden gemäß § 35 Abs. 1 Buchstabe g der Disziplinarordnung des Landes Nordrhein-Westfalen für die an nichtstaatlichen öffentlichen Schulen tätigen beamteten Lehrpersonen, die der staatlichen Bestätigung bedürfen, vom 20. November 1984	9
Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Schulpflichtgesetz zuständigen Verwaltungsbehörden vom 4. Dezember 1984	9
Bearbeitung von Personalangelegenheiten der Angestellten und Arbeiter; Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Kultusministers. RdErl. d. Kultusministers v. 7. 12. 1984	10

Zweite Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Schulordnung (ASchO) vom 30. November 1984	11
Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bildungsgänge in Klasse 10 der Hauptschule vom 30. November 1984	11
Aktionswoche „Treffpunkt Bad“. RdErl. d. Kultusministers v. 17. 12. 1984	11
Ordnung der Fachhochschulreifeprüfung für Nichtseher; Änderung. RdErl. d. Kultusministers v. 3. 12. 1984	11
Anwendung des Laufbahnrechts; Ausnahme von der Höchstaltersgrenze (§ 6 Laufbahnverordnung – LVO) für die Übernahme aus dem Ersatzschuldienst. RdErl. d. Kultusministers v. 21. 12. 1984	12
Anwendung des Nebentätigkeitsrechts; Einschränkung von Nebentätigkeiten, Allgemeine Genehmigung, Aufstellung über Nebeneinnahmen. RdErl. d. Kultusministers v. 14. 12. 1984	12
Richtlinien zur Durchführung des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) im öffentlichen Dienst im Lande Nordrhein-Westfalen; Änderung. RdErl. d. Kultusministers v. 6. 12. 1984	12
Handhabung des § 13 Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) im Schulbereich. RdErl. d. Kultusministers v. 12. 12. 1984	13
Nichtamtlicher Teil	
Stellenausschreibungen im Geschäftsbereich des Kultusministers	14
Drittes Europäisches Umweltfilmfestival zum Thema „Industrie und Umwelt“ vom 12. bis 17. April 1985 in Dortmund	15
Jugendherbergsspende der Schuljugend	15
Inhaltsverzeichnis des Gemeinsamen Amtsblattes – Teil II – Minister für Wissenschaft und Forschung – vom 15. Januar 1985	16
Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 6. bis 27. Dezember 1984	16
Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 5. bis 28. Dezember 1984	19
Anzeigen	
Kostenpflichtige Stellen- und Werbeanzeigen	21

Teil II – Minister für Wissenschaft und Forschung

Amtlicher Teil

Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Agrarwissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn vom 17. Dezember 1984	28
Promotionsordnung der Universität Dortmund für die Abteilung Sprach- und Literaturwissenschaften, Journalistik und Geschichte vom 14. November 1984	33
Sechste Änderung der Beitragsordnung des Studentenwerks Essen – Anstalt des öffentlichen Rechts – vom 6. Oktober 1984	35

Nichtamtlicher Teil

Inhaltsverzeichnis des Gemeinsamen Amtsblattes – Teil I – Kultusminister – vom 15. Januar 1985	36
Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 6. bis 27. Dezember 1984	36
Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 5. bis 28. Dezember 1984	39

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 1 v. 1. 1. 1985

(Einzelpreis dieser Nummer 2,50 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite
Allgemeine Verfügungen	
Strafvollzugsgesetz und bundeseinheitliche Verwaltungsvorschriften zum Strafvollzugsgesetz	2
Bundeseinheitliche Verwaltungsvorschriften zum Jugendstrafvollzug	2
Durchführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Kosten der Gerichtsvollzieher (Gerichtsvollzieherkostengrundsätze – GVKostGr –)	2
Bekanntmachungen	3
Personalnachrichten	3
Ausschreibungen	4
Gesetzgebungsübersicht	5
Rechtsprechung	
Aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	
1. GG Art. 100 I Satz 1 – Eine Vorlage ist unzulässig, wenn der Richter in einem Rechtsstreit eine Norm für verfassungswidrig hält, durch die nach seiner Auffassung lediglich am Verfahren nicht beteiligte Dritte in ihren Grundrechten beeinträchtigt werden (Anschluß an BVerfGE 66, 100). BVerfG vom 18. Juli 1984 – 1 BvL 3/81	6
2. GG Art. 1, 2, 19 IV – Zur verfassungsrechtlichen Nachprüfung von Entscheidungen der ordentlichen Gerichte im Prozeßkostenhilfverfahren bei „Scheinehen“ BVerfG vom 18. Juli 1984 – 1 BvR 1455/83	7
Zivilrecht	
1. BGB § 1934 c – Ist der Vater verstorben und erst später als 6 Monate nach seinem Tode festgestellt worden, daß das in einer Ehe geborene Kind nicht-ehelich ist, und ist aufgrund dieser Feststellung sodann das Verfahren zur Feststellung der Vaterschaft des verstorbenen Vaters eingeleitet worden, so kann auf diesen Fall § 1934 c I Satz 2 BGB nicht entsprechend angewandt werden. OLG Hamm vom 10. September 1984 – 15 W 261/84	8
2. WEG § 13 II; BGB § 242 – Befindet sich in einer Mehrhausanlage auf dem Dachboden nur eines der Häuser ein im Gemeinschaftseigentum stehender „Speicher“, dessen Zweckbestimmung nicht näher geregelt ist, so kann der Grundsatz von Treu und Glauben (§ 242 BGB) dazu führen, daß sich das Mitgebrauchsrecht auf die Wohnungseigentümer des Hauses beschränkt, in dem sich der „Speicher“ befindet, wofür jedoch ein angemessener finanzieller Ausgleich zu zahlen ist. OLG Hamm vom 29. August 1984 – 15 W 298/82	10

Nr. 2 v. 15. 1. 1985

(Einzelpreis dieser Nummer 2,50 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen			
Bearbeitung von Personalangelegenheiten der Angestellten und Arbeiter; hier: Verteilung der Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Justizministers	13	wenn ein in den entscheidenden Punkten lückenloser Sachverhalt vorgetragen ist, der aber den Verfügungsanspruch oder den Verfügungsgrund nicht ergibt. – Für das Beschlußverfahren hat der Antragsteller alle Anspruchsvoraussetzungen glaubhaft zu machen; die Regeln der Beweislast gelten nicht. Für das Urteilsverfahren gelten sie dagegen.	
Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten auf den in § 51 des Sozialgerichtsgesetzes genannten Gebieten und Zulassung von Prozeßagenten bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit	14	OLG Köln vom 11. Oktober 1984 – 15 W 81/84	18
Bekanntmachungen	15	3. ZPO § 93; BGB §§ 823, 1004 – Vor der gerichtlichen Geltendmachung von Unterlassungsansprüchen gegen einen Presseverlag, den Herausgeber einer Zeitung, den Redakteur oder den Verfasser eines Artikels muß der Verletzte den Gegner verwarnen, wenn er nicht Gefahr laufen will, nach einem sofortigen Anerkenntnis mit den Kosten belastet zu werden. – Die Verwarnung muß mindestens zum Inhalt haben, der Gegner solle sich schriftlich verpflichten, die beanstandete Äußerung nicht zu wiederholen; eine strafbewehrte Unterlassungsverpflichtung braucht nicht immer verlangt zu werden. – Ausnahmen von der Verwarnungspflicht gelten, wenn es sich um eine offensichtliche Schmähkritik handelt, oder wenn eine unwahre Tatsachenbehauptung auf einer groben Verletzung der journalistischen Sorgfaltspflicht beruht.	
Personalnachrichten	16	OLG Köln vom 30. November 1984 – 15 W 73/84	19
Ausschreibungen	17	4. BGB § 276 – Eine Bank haftet ihren Kunden nicht auf Schadensersatz, wenn sie einen Scheck bedient, der nach seinem äußeren Erscheinungsbild echt ist und gegen dessen Einlösung keine erheblichen Verdachtsgründe sprechen. – Zu möglichen Verdachtsgründen: Höhe des Scheckbetrages, Überschreitung des Dispositionskredits, verschiedene Schrift auf dem Scheck, frühere Schecksperrung u. a.	
Rechtsprechung		OLG Köln vom 19. September 1984 – 16 U 206/83	21
Zivilrecht		5. ZPO §§ 850 ff.; AbgG NW §§ 5, 6, 27 – Die Entschädigung eines Landtagsabgeordneten in Nordrhein-Westfalen ist wie Arbeitseinkommen bis zur Hälfte pfändbar. Bei der Ermittlung des für den Lebensunterhalt des Schuldners zur Verfügung stehenden Einkommens bleiben die (steuerfreien) Aufwandsentschädigungspauschalen des Abgeordneten außer Betracht.	
1. WEG § 5 IV, § 7 III, § 10 II, § 15 I; GBO § 19 – Bei Sondernutzungsrechten, die durch Teilungserklärung (§ 8 WEG) – oder durch Vereinbarung – zum Inhalt des Sondereigentums gemacht sind, genügt zur Eintragung in den Wohnungsgrundbüchern die Bezugnahme auf die Eintragungsbewilligung (Teilungserklärung). Ein kennzeichnender (knapper) Hinweis auf das Bestehen und die Art des Sondernutzungsrechts ist zur Rechtsentstehung nicht erforderlich, kann aber – insbesondere auf ausdrücklichen Antrag – eingetragen werden.		OLG Düsseldorf vom 28. September 1984 – 3 W 239/84	21
OLG Hamm vom 27. September 1984 – 15 W 34/83	17		
2. ZPO §§ 935, 936, 920 II, § 937 II – Das Gericht der Hauptsache darf den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung nicht durch Beschluß zurückweisen, sondern ist verpflichtet, mündliche Verhandlung anzuberaumen, wenn a) der Antragsteller einzelne Behauptungen nicht glaubhaft gemacht hat, b) der Antragsteller Behauptungen nicht glaubhaft gemacht hat, die er nach den Regeln der Beweislast im Urteilsverfahren nicht glaubhaft zu machen braucht, c) sein Vorbringen den Verfügungsanspruch nicht abdeckt, es in den entscheidenden Punkten aber als ergänzungsfähig erscheint. – Das Gericht kann den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung durch Beschluß zurückweisen,			

– MBl. NW. 1985 S. 135.

Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 3 v. 21. 1. 1985

(Einzelpreis dieser Nummer 3,70 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
1101	18. 12. 1984	Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen	26
2035	18. 12. 1984	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen	29
21281	22. 12. 1984	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Kurgebiet und die Erhebung von Kurbeiträgen für das Staatsbad Oeynhausen	37
		Öffentliche Bekanntmachung über eine weitere Teilgenehmigung für das 300-MW-THTR-Prototyp-Kernkraftwerk Hamm-Uentrop. 4. Ergänzung zum Bescheid Nr. 7/1 THTR vom 5. Dezember 1984	
		Datum der Bekanntmachung: 21. Januar 1985	37
		Hinweis für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	39

– MBl. NW. 1985 S. 135.

I.

230

**Genehmigung
des Gebietsentwicklungsplanes für den
Regierungsbezirk Münster, Teilabschnitt
Bergehalden im Nördlichen Ruhrgebiet**

Bek. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung
v. 22. 1. 1985 - II A 3 - 60.92

Der Bezirksplanungsrat beim Regierungspräsidenten Münster hat in seiner Sitzung am 13. Dezember 1982 die Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Münster, Teilabschnitt Bergehalden im Nördlichen Ruhrgebiet, beschlossen.

Den Gebietsentwicklungsplan habe ich mit Erlaß vom 29. Oktober 1984 gem. § 16 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 28. November 1979 (GV. NW. S. 878/SVG. NW. 230) im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministern genehmigt. Gem. § 16 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes werden die im Gebietsentwicklungsplan enthaltenen Darstellungen mit der Bekanntmachung der Genehmigung Ziele der Raumordnung und Landesplanung.

Der Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Münster, Teilabschnitt Bergehalden im Nördlichen Ruhrgebiet, wird beim Minister für Landes- und Stadtentwicklung (Landesplanungsbehörde) in Düsseldorf, beim Regierungspräsidenten Münster (Bezirksplanungsbehörde) sowie bei den Kreisen und Gemeinden, auf deren Bereich sich die Planungen erstrecken, zur Einsicht für jedermann niedergelegt.

Gem. § 17 Landesplanungsgesetz weise ich auf folgendes hin:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften bei der Erarbeitung und Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung beim Regierungspräsidenten Münster (Bezirksplanungsbehörde) geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes oder deren Bekanntmachung verletzt worden sind.

- MBl. NW. 1985 S. 136.

230

**Genehmigung
des Gebietsentwicklungsplanes für den
Regierungsbezirk Düsseldorf, Teilabschnitt
Bereiche für Aufschüttungen des
Steinkohlenbergbaus - Bergwirtschaft**

Bek. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung
v. 22. 1. 1985 - II A 3 - 60.426

Der Bezirksplanungsrat beim Regierungspräsidenten Düsseldorf hat in seiner Sitzung am 16. Dezember 1982 die Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf, Teilabschnitt Bereiche für Aufschüttungen des Steinkohlenbergbaus - Bergwirtschaft, beschlossen.

Den Gebietsentwicklungsplan habe ich mit Erlaß vom 29. Oktober 1984 gem. § 16 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 28. November 1979 (GV. NW. S. 878/SVG. NW. 230) im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministern genehmigt. Gem. § 16 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes werden die im Gebietsentwicklungsplan enthaltenen Darstellungen mit der Bekanntmachung der Genehmigung Ziele der Raumordnung und Landesplanung.

Der Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf, Teilabschnitt Bereiche für Aufschüttungen des Steinkohlenbergbaus - Bergwirtschaft, wird beim Minister für Landes- und Stadtentwicklung (Landesplanungsbehörde) in Düsseldorf, beim Regierungspräsidenten Düsseldorf (Bezirksplanungsbehörde) sowie bei den Kreisen und Gemeinden, auf deren Bereich sich die Planungen erstrecken, zur Einsicht für jedermann niedergelegt.

Gem. § 17 Landesplanungsgesetz weise ich auf folgendes hin:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes oder der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften bei der Erarbeitung und Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung beim Regierungspräsidenten Düsseldorf (Bezirksplanungsbehörde) geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes oder deren Bekanntmachung verletzt worden sind.

- MBl. NW. 1985 S. 136.

230

**Genehmigung
des Gebietsentwicklungsplanes für den
Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt
Dortmund/Unna/Hamm; Ziele 33 und 97-105, die
mit Erlaß vom 14. Februar 1984 – II B 2 – 60.15 – von
der Genehmigung ausgenommen wurden**

Bek. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung
v. 22. 1. 1985 – II A 3 – 60.15 –

Der Bezirksplanungsrat beim Regierungspräsidenten Arnsberg hat in seiner Sitzung am 26. November 1982 die Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Dortmund/Unna/Hamm, beschlossen.

Mit Erlaß vom 14. Februar 1984 – II B 2 – 60.15 – wurde dieser Gebietsentwicklungsplan mit Ausnahme der Ziele 33 und 97-105, die den LEP VI-Standort Dortmund-Ellinghausen und den Bereich Bergehalden betreffen, genehmigt.

Diese Ziele 33 und 97-105 habe ich mit Erlaß vom 29. Oktober 1984 gem. § 16 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 28. November 1979 (GV. NW. S. 878/SVG. NW. 230) im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministern genehmigt. Gem. § 16 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes werden die im Gebietsentwicklungsplan enthaltenen Darstellungen mit der Bekanntmachung der Genehmigung Ziele der Raumordnung und Landesplanung.

Der Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Dortmund/Unna/Hamm, wird beim Minister für Landes- und Stadtentwicklung (Landesplanungsbehörde) in Düsseldorf, beim Regierungspräsidenten Arnsberg (Bezirksplanungsbehörde) sowie bei den Kreisen und Gemeinden, auf deren Bereich sich die Planung erstreckt, zur Einsicht für jedermann niedergelegt.

Gem. § 17 Landesplanungsgesetz weise ich auf folgendes hin:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften bei der Erarbeitung und Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung beim Regierungspräsidenten Arnsberg (Bezirksplanungsbehörde) geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes oder deren Bekanntmachung verletzt worden sind.

– MBl. NW. 1985 S. 137.

**II.
Innenminister**

**Personenstandswesen
Fortbildungsveranstaltungen
in den Regierungsbezirken
Arnsberg, Detmold, Münster**

RdErl. d. Innenministers v. 28. 1. 1985 –
I B 3/14 – 66.12

Für die Standesbeamten, die Sachbearbeiter im Standesamt und die im Personenstandswesen tätigen Beamten und Angestellten der Kreise und kreisfreien Städte in den Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold und Münster werden im Jahre 1985 vom Fachverband der Standesbeamten Westfalen-Lippe Fortbildungsveranstaltungen nach nachstehendem Plan durchgeführt.

Anlage

Es wird darauf hingewiesen, daß die Beamten gemäß § 48 Abs. 1 der Laufbahnverordnung verpflichtet sind, sich fortzubilden, damit sie den steigenden Anforderungen ihres Amtes gewachsen sind. Die im Personenstandswesen tätigen Bediensteten sollten daher von dieser Fortbildungsmöglichkeit Gebrauch machen. Um dies unter Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes allen Bediensteten zu ermöglichen, kann auch eine Fortbildungsveranstaltung in einem Nachbarkreis besucht werden.

Da die Teilnahme an diesen Veranstaltungen im dienstlichen Interesse liegt, werden die Gemeinden und Kreise gebeten, die Standesbeamten sowie auch die im Personenstandswesen tätigen Bediensteten regelmäßig zu diesen Schulungen zu entsenden.

Die durch die Teilnahme an den Fortbildungsveranstaltungen entstehenden Kosten werden vom Dienstherrn getragen (vgl. § 85 Satz 2 Halbsatz 2 des Landesbeamtengesetzes).

Ich würde es begrüßen, wenn die Oberkreisdirektoren bzw. Oberstadtdirektoren als Leiter der Aufsichtsbehörden der Standesbeamten die Fortbildungsveranstaltungen bei der Eröffnung oder zu einem anderen geeigneten Zeitpunkt durch einen von ihnen bestimmten Vertreter aufsuchen ließen und ferner darauf hinwirken würden, daß die Standesbeamten regelmäßig an diesen Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen. Die Regierungspräsidenten werden gebeten, den Fortbildungsveranstaltungen, z. B. durch gelegentliche Teilnahme des zuständigen Dezerenten, ihre Aufmerksamkeit zu widmen.

Für die Fortbildungsveranstaltungen sind folgende Themen vorgesehen:

Im Frühjahr 1985 Praxisfälle unter besonderer Berücksichtigung der geänderten Vorschriften in der Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden

Im Herbst 1985 Internationales Privatrecht im Bereich der standesamtlichen Arbeit

Im übrigen werden die Teilnehmer gebeten, Einzelfragen den Fachberatern möglichst bereits vor der Tagung mitzuteilen, damit diese die Fragen sorgfältig und erschöpfend beantworten können.

TERMINE
für die Aus- und Fortbildungsveranstaltungen 1985

Kreisfreie Städte bzw. Kreise	Datum	Tagungsort und -stätte
I Frühjahr		
Regierungsbezirk Arnsberg		
Kreisfreie Städte	Donnerstag, den 28. 2. 1985	Dortmund, Südwall 2-4, Sitzungssaal I (Foyer)
Ennepe-Ruhr-Kreis	Mittwoch, den 27. 2. 1985	Schwelm, Hauptstr. 92, Sitzungssaal 167 des Kreishauses
Hochsauerland-Kreis	Mittwoch, den 6. 3. 1985	Meschede, Sitzungssaal des Rathauses
Märkischer Kreis	Dienstag, den 5. 3. 1985	Halver, Weststr. 52, Hotel-Restaurant Halvara
Kreise Olpe und Siegen	Donnerstag, den 7. 3. 1985	Siegen-Geisweid, Lindenplatz 7, Sitzungssaal des Rathauses Geisweid
Kreise Soest und Unna	Dienstag, den 5. 3. 1985	Unna, Friedrich-Ebert-Str. 17, Kreisverwaltung Unna, Sitzungssaal 030
Regierungsbezirk Detmold		
Kreisfreie Stadt Bielefeld und Kreis Gütersloh	Dienstag, den 12. 3. 1985	Bielefeld, Papenmarkt 11, Haus des Handwerks, Kaminzimmer
Kreise Herford und Minden-Lübbecke	Mittwoch, den 6. 3. 1985	Minden, Portastr. 13, Sitzungsraum IV des Kreishauses
Kreis Paderborn	Dienstag, den 12. 3. 1985	Borchen, Sitzungssaal der Gemeindeverwaltung Borchen
Kreis Höxter	Mittwoch, den 13. 3. 1985	Nieheim, Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Nieheim
Kreis Lippe	Donnerstag, den 7. 3. 1985	Detmold, August-Weweler-Str. 5, Raum 302 des Kreishauses
Regierungsbezirk Münster		
Stadt Bottrop, Stadt Gelsenkirchen, Kreis Recklinghausen	Dienstag, den 26. 2. 1985	Paracelsus-Klinik, Lipper Weg 22, Marl, Konferenzraum
Stadt Münster, Kreis Warendorf	Mittwoch, den 13. 3. 1985	Rathaus Gemeinde Ostbevern, Hauptstraße 24, Sitzungssaal
Kreis Borken	Dienstag, den 26. 2. 1985	Kreisverwaltung Borken, Burloer Straße 93, Sitzungssaal
Kreis Coesfeld	Mittwoch, den 27. 2. 1985	Kreisverwaltung Coesfeld, Gebäude I, Sitzungssaal (133)
Kreis Steinfurt	Donnerstag, den 28. 2. 1985	Rathaus der Stadt Ibbenbüren, Münsterstr. 16, kleiner Sitzungssaal

Kreisfreie Städte bzw. Kreise	Datum	Tagungsort und -stätte
II Herbst		
Regierungsbezirk Arnsberg		
Kreisfreie Städte		
Ennepe-Ruhr-Kreis	Dienstag, den 22. 10. 1985	Dortmund, Südwall 2-4, Sitzungssaal I (Foyer)
Hochsauerland-Kreis	Mittwoch, den 23. 10. 1985	Schweim, Hauptstr. 92, Sitzungssaal 167 des Kreishauses
Märkischer Kreis	Dienstag, den 29. 10. 1985	Meschede, Sitzungssaal des Rathauses
Kreise Olpe und Siegen	Dienstag, den 29. 10. 1985	Herscheid-Rärlin, Café-Restaurant Höhenluft
Kreise Soest und Unna	Mittwoch, den 30. 10. 1985	Olpe, Kreishaus, Danziger Str. 2, Sitzungszimmer I
	Dienstag, den 5. 11. 1985	Anröchte, Hotel-Café Buddeus, Hauptstraße 128
Regierungsbezirk Detmold		
Kreisfreie Stadt Bielefeld und Kreis Gütersloh	Donnerstag, den 7. 11. 1985	Gütersloh, Berliner Str. 70, Ratssaal des Rathauses der Stadt Gütersloh, Raum I, VII Obergeschoß
Kreise Herford und Minden-Lübbecke	Mittwoch, den 6. 11. 1985	Kirchlengern, Ravensberger Str. 37, „Gasthof Kollmeier“
Kreis Paderborn	Mittwoch, den 23. 10. 1985	Paderborn, Aldegrevestr. 10-14, kl. Sitzungssaal des Kreishauses
Kreis Höxter	Donnerstag, den 24. 10. 1985	Willebadessen, Lange Str., Gasthof „Deutsches Haus“
Kreis Lippe	Dienstag, den 5. 11. 1985	Detmold, August-Weweler-Str. 5, Raum 302 des Kreishauses
Regierungsbezirk Münster		
Stadt Bottrop, Stadt Gelsenkirchen, Kreis Recklinghausen	Donnerstag, den 24. 10. 1985	Rathaus der Stadt Haltern, Am Markt, Sitzungssaal
Stadt Münster, Kreis Warendorf	Dienstag, den 22. 10. 1985	Stadt Münster, altes Kreishaus, Ludgeriplatz, Sitzungssaal
Kreis Borken	Mittwoch, den 30. 10. 1985	Kreisverwaltung Borken, Burloer Straße 93, Sitzungssaal
Kreis Coesfeld	Donnerstag, den 7. 11. 1985	Kreisverwaltung Coesfeld, Gebäude I, Sitzungssaal (133)
Kreis Steinfurt	Mittwoch, den 6. 11. 1985	Rathaus der Stadt Emsdetten, Am Markt 1, gr. Sitzungssaal

Einzelpreis dieser Nummer 6,00 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/238 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/241, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0177-3569